

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten
für das Jahr monatlich 1.000 Mark.
Bestellungen nehmen die Buchhändler
und die Anzeigen-Veranstaltungen
entgegen. - Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 15 Pf. Nr. 33.
Erscheinungsort: Erzgebirge.

Abonnement: Die Abonnenten
bestellen die Anzeigen am Besten
im Voraus. Nr. 33. Preis pro
Stück 15 Pf. Nr. 33. Preis pro
Stück 15 Pf. Nr. 33. Preis pro
Stück 15 Pf. Nr. 33.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100

Nr. 33

Sonnabend, den 10. Februar 1923

18. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. Ritz, M. d. R.

Hohe Gewalt und Schamlosigkeit wetteifern im Ruhrgebiet weiter miteinander, ohne bisher einen anderen Erfolg erzielt zu haben, als der Welt immer einbringlicher das Bild der französischen Staubgier und stillen Verkommenheit vor Augen zu führen. Oder soll man mildere Bezeichnungen für den neuerlichen Einfall in das Gebiet von Baden wählen? Was man es nicht den Gipfelpunkt des Jhrismus nennen, wenn als Sühne für die Ermordung eines unschuldigen Mädchens ein hoher Offizier der sogenannten grande nation den unglücklichen Eltern den Gegenwert von 2 Dollars anbietet! Es gibt viele Deutsche, denen selbst im Krieg das Gefühl des Hasses fremd war, aber das, was sich jetzt im Ruhrgebiet abspielt, bedeutet eine Ausfaat von Haß gegen Frankreich selbst in die Herzen derer, denen ein friedliches Zusammenleben mit dem Nachbarvolk als erstrebenswertes Ziel erschien. „Die Feindschaft Frankreichs ist das Schicksal Deutschlands“, das scheint tatsächlich eine unabwendbare geschichtliche Wahrheit zu bleiben. Und noch stehen wir offenbar nicht am Ende der französischen Gewaltmaßnahmen. Alle Meldungen aus Paris deuten übereinstimmend auf eine weitere Verschärfung der Lage durch Unterbindung des Verkehrs mit dem besetzten Gebiete, durch Beschlagnahme der Kohlensteuer, durch Ausschaltung der deutschen Währung, durch zwangsweise Uebernahme der Bahnen in französischen Betrieb. Bei dieser Sachlage war es richtig und gut, daß sowohl der Reichskanzler als auch der preussische Ministerpräsident und der preussische Minister des Innern unmissbar und persönliche Fühlung mit den Vertretern der heimgekehrten Gebiete nahmen, und auf dem rheinischen wie auf dem westfälischen Provinziallandtag sich zeigten. Wenn wir uns jetzt nicht zusammenschließen zu resoluter Abwehr der französischen Geißeln, sind das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Reich verloren.“ Diese Worte des Reichskanzlers treffen den Kernpunkt der Situation; mögen sie auch als ernste Mahnung gemeldet werden, weniger im Ruhrgebiet, wo die unmittelbare Not des Tages die Geschlossenheit der Abwehr ergibt hat, als vielmehr im übrigen Deutschland, wo aus den Schreibstuben und aus den politischen Versammlungen heraus noch immer die Klassen- und parteipolitische Einstellung gegenüber diesem großen deutschen Gesamtproblem sich mehr geltend macht, als im Interesse geschlossener Abwehrbereitschaft erwünscht ist.

Das angesichts der sich häufenden Missetaten und angelegentlich des Einbruchs französischer Truppen auch in Baden der völlige Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich von vielen Seiten gefordert wird, ist stimmungsmäßig verständlich. Nachdem man sich aber bei Beginn der französischen Aktion deutscherseits zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen entschlossen hat — was mit Recht oder Unrecht, kann jetzt dahingestellt bleiben —, würde ein jetzt vollzogener Abbruch den Franzosen bei ihren Gewalttaten die Möglichkeit der Bezugnahme auf das Kriegsverbrechen eröffnen und der öffentlichen Meinung des eigenen Landes und der Welt gegenüber den Sinnverwirrungen: Seht, das ist das alte Deutschland, das auch heute noch den Krieg will! Derartigen Möglichkeiten gegenüber gilt es, das französische Vorgehen der Welt nach wie vor in seiner ganzen nackten Hoheit erkennbar bleiben zu lassen, vor allem jetzt, wo bei der fernschlichen Entsendung von 40 Ingenieuren mit 100 000 Mann kriegsmäßig ausgerüsteter Schutzgarde durch den Einfall in Baden der nachdrücklich ebenso friedliche Besuch der Austrennung des deutschen Lebens von deutschen Norden eingeleitet wird.

Wie lange noch wird es dauern, bis die zivilisierte Welt sich schäm, tadellos Zeuge solcher Schandtaten zu sein! Wir Deutschen können dieses Weisheitswort der anderen nicht begreifen, denn wir selbst haben früher auch in der Politik das Gery auf den Klippen getragen, ob es sich um Griechen oder Armenier, um Portugiesen oder Buren handelte. Für die anderen Völker war und ist allein der verstandsmäßig erfasste Vorteil des eigenen Landes das Motiv des Handelns; selbst dann, wenn ihre Ausgebungen nach außen von Worten wie Menschenrecht und Völkerrrecht sprachen. Und wenn das uns gegenüber begangene Unrecht die Lebensinteressen eines anderen Volkes berührt, wird von dort aus eine Gegenwirkung zu erwarten sein. Es wäre deshalb eine große psychologische Täuschung, wenn man sich von dem jetzt erfolgten Appell der deutschen Gewerkschaften an die amerikanischen Parlamente irgend eine praktische politische Wirkung versprochen wolle. Wenn eine Gegenwirkung überhaupt kommen kann, so nur aus Frankreich heraus selbst und von England her.

Seher und je gründlicher der deutsche Abwehrwille die französische Invasion zur wirtschaftlichen und politischen Erfolglosigkeit verdammt, umso härter wird der

Nachschlag sein, dem die Politik Poincarés im Innern Frankreichs ausgelegt ist, und umso leichter wird es England werden, in Frankreich Gegenliebe für eine Politik zu finden, die ohne Anwendung von Gewalt im britischen und französischen Interesse zu Leistungen durch Deutschland zu gelangen sucht. Ob der Abbruch der Verhandlungen in Lausanne, wo sich Frankreich und England ebenfalls als Gegenpieler gegenüberstanden, mehr die britische oder mehr die französische Position gestärkt hat, wird davon abhängen, welcher Partei es zuerst gelingt, ein den eigenen Wünschen entsprechendes Sonderabkommen mit der Türkei zu treffen. Vor der Hand hat das Scheitern der Verhandlungen das eine Gute, daß England nicht mehr im Rahmen schwebender Verhandlungen auf die gute Laune Frankreichs angewiesen ist, und man darf, ohne einem vorzeitigen Optimismus zu verfallen, doch feststellen, daß in England die Regierung im Zunehmen begriffen ist, dem französischen Bundesgenossen eine goldene Brücke zu bauen, auf der es sich aus seiner für England vernichtenden Kohlenmonopolstellung im Ruhrgebiet wieder in ungefährlichere Gebiete zurückziehen kann.

Unfähigkeit.

Der französische Verwaltung, die, mit Bürokratischen Anweisungen und militärischen Mitteln, ein zu Unrecht besetztes Land zu beherrschen versucht, gelang es trotz aller Mißerfolge bis vor kurzem noch nicht, in den Augen der gelassen zuschauenden Welt den letzten Beweis ihrer Unfähigkeit zu erbringen:

In Wanne hat sie ihn erbracht. Auf dem Bahnhof haben französische Soldaten und Offiziere zwei Büge angehalten, den Zugführer erschlagen, die Reisenden, größtenteils Frauen und Kinder, mit dem Revolver aus den Abteilen getrieben, den Zug über die rails auf dem engen Bahnhofs sich zerlegenden durch einen Bajonetangriff vervollständigt. Und das alles, obwohl sich nirgends der geringste Widerstand regte. Was die Welt über das Recht des Freiweilers denken, wie sie will; herrschen darf nur der zum Herrschen Befähigte. Die französische Verwaltung aber hat gezeigt, daß sie nicht nur keine Kohlen fördern, keine Bahnverfehr zuwege bringen und keine Industrie lenken, sondern nicht einmal das ihr überantwortete Land vor der Zuchtlosigkeit ihrer eigenen Organe schützen kann.

Als die Franzosen einrückten, flatterten ihnen Kundgebungen voraus, in denen es hieß, durch die „unmilitärische“ Uebernahme gewisser Kontrollverwaltungen werde und dürfe weder die Wirtschaft behindert noch der Bahnverkehr gestört, noch weniger die persönliche Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt werden. Tatsächlich ist die Wirtschaft gelähmt, der Verkehr gerätet, die Freiheit mißhandelt. Eine Bürokratie, die nach vierwöchiger Tätigkeit solche Ausbrüche des Wahgentums zumindest nicht hindern kann, hat abgedankt; sie hat sich zum Ziel zugemauert.

Die Offenburger Note.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung eine Note übergeben, die gegen die Forderung von Offenburg und Appenweier als Sanktion für die Weigerung Deutschlands, die internationalen Büge Paris—Buxarest und Paris—München—Wrag weiterzulassen, protestiert.

„Die deutsche Reichsbahnverwaltung“ so heißt es wörtlich, „hat sich infolge Kohlenmangels und anderer durch den französisch-belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet verursachten Verkehrserschwerungen zur Einstellung einer großen Anzahl jahresplanmäßiger Zugverbindungen des internationalen und des innerdeutschen Verkehrs gezwungen gesehen. Es ist richtig, daß sich darunter auch die beiden in der Note genannten Zugpaare befinden. Die Umstände jedoch geben dieser Anordnung der Reichsbahnverwaltung offensichtlich den Charakter einer vorübergehenden Notstandsmaßnahme. Von einer Vertragsverletzung kann daher keine Rede sein. Selbst wenn oder eine formale Verletzung des Vertrages vorläge, müßte es als ein Fortbild des Friedenszustandes bezeichnet werden, daß die französische Regierung eine Maßnahme von so untergeordneter Bedeutung, wie die Einstellung zweier Zugverbindungen zum Anlaß nimmt, ohne weiteres ihre Kräfte in deutsche Städte einmarschieren zu lassen. Allerdings hat die französische Regierung, um das bestehende Mißverständnis zwischen dem Reichsverbanlag und der von ihr verfügten Maßnahme zu vermeiden, den Versuch gemacht, noch weitere angebliche Vertragsverletzungen Deutschlands heranzuziehen.“

Ferner hebt darauf hingewiesen, daß die belgischen Städte außerhalb des der Rheinlandschaften ausgetreten Gebiets liegen, daß diese aber in einer Reihe die Handlungswelt der Franzosen billigt und ihnen so

geschlossen habe, diese Orte unter das Regime des Völkerrechts zu stellen. Dieses Vorgehen zeigt, so betont die deutsche Note, daß die internationalisierte Rheinlandschaft sich zum Werkzeug der französischen Politik machen läßt. Auch gegen diesen Mißbrauch legt die deutsche Regierung Verwahrung ein.

Wegen der Mitwirkung der internationalisierten Rheinlandschaft sind entsprechende Vorstellungen auch bei der englischen und belgischen Regierung erhoben worden.

Kriegszustand in Aachen.

Verhandlungen von Studenten.

Nach den Kundgebungen in Aachen, die nach den verschiedenen Ausweisungen von Beamten stattfanden und an denen sich Tausende von Bürgern und Arbeitern beteiligten, war von der belgischen Besatzungsarmee der verschärfte Kriegszustand über die Stadt verhängt worden. Seitdem herrscht in Aachen der reinste Kriegszustand. Die deutsche Schutztruppe wurde der Besatzungsarmee unterstellt, und die Kommandantur ging daran, die „Schule“ an den Kundgebungen der Aachener Studentenschaft in die Schule zu schließen. Der Student galt bei der belgischen Polizei als Unfrei. Wer man auch traf und bei wem man feststellte, daß er laut Wah Student war, der wurde der Polizeikontrolle unterzogen, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, verurteilt und ausgewiesen.

So wurde zunächst ein Student zu sechs Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er ein Messer in der Tasche hatte. Vorher wurde er bei menschenunwürdigen Behandlung ausgesetzt. Mit Aachen, Gummipfeife und Sporen wurde er auf der Wache verprügelt, bis er zusammenbrach. Ebenso erging es 24 Studenten, die abends zu vier Mann in sechs Reihen nach Hause gingen. Sie mußten durch Gänge laufen, an deren Seiten Belgier mit Gummipfeifen aufgestellt waren, um sie zu verprügeln. Sie wurden vor dem Kriegsgericht zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt und nach Abigung ihrer Strafe ausgewiesen — wegen militärischer Uebungen und Kundgebungen. Andere wurden nur auf ihre Studenteneigenschaft hin einfach mit dem Gummiknüppel ins Gesicht geschlagen. Ein anderer mußte sich auf der Wache mit dem Gesicht zur Wand stellen, wurde sodann mit Bajonett, Sporen und Gummiknüppel mißhandelt, bis er gänzlich zusammenbrach. Vor dem Kriegsgericht wurde er zu 15 Tagen Gefängnis und 78 Franken Geldstrafe verurteilt wegen „Beleidigung und Provokation der belgischen Truppen“.

Französische Schießwut.

Wie aus Oberhausen mitgeteilt wird, feuern die französischen Truppen im Block Grafenbusch häufig Blindlingsgange Salven in den dortigen Wald, wodurch das Betreten des Waldes verhindert und der Aufenthalt von Waldbearbeitern und Aufsichtsbearbeitern unmöglich gemacht wird. Der Stellvertreter auf der Strecke Oberhausen—Weiß belächelt deutsche Polizisten.

202.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht heute eine Liste der bisher von den Franzosen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen oder verhafteten Personen. Danach sind bis jetzt 202 Beamte ausgewiesen und ihres Amtes enthoben und 90 verhaftet worden.

Eine Frau ausgewiesen.

Die Ausweisung der Vorliegenden der demokratischen Frauengruppe Speyer, Fräulein Käthe Thoma, der ersten Frau, die (außer den Frauen der vertriebenen Beamten) aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden ist, wird von den Franzosen damit begründet, daß ihr allgemeines Verhalten der Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet und die öffentliche Ordnung bedroht habe. (1)

Kuereiche der Bewegung.

Donnerstag vormittag wurde die große Schaufensterfelche der französischen Buchhandlung am Hauptbahnhof zertrümmert. Ein vorbeigehender französischer Offizier stellte den in der Nähe stehenden Polizeibeamten zur Rede und wollte ihn ohrfeigen. Die nach zusammengeströmte Menge entwarfnete den französischen Offizier.

Wichtige Preissteigerungen.

Die Preissteigerungen im Ruhrgebiet nehmen noch zu. Nach den amtlichen Feststellungen sind seit dem 17. Januar die Preise im allgemeinen um 250 Prozent und die Weile für Fleisch um 400 Prozent gestiegen.

Der dritte Bahnhof Wanne wieder geschlossen.

Nachdem die Franzosen den Bahnhof besetzt hatten, richtete der Kommandant der Wanne hiergegen einen Protest an den französischen Kommandanten. Er wies darauf hin, daß Wanne ein bedeutender Anknüpfungspunkt sei und daß auf dem Bahnhof stehenden Bediensteten keine anderen Vorrechte gegeben werden. So wurde am 17. Januar die Wanne des Bahnhofs wieder geschlossen. Die Franzosen den Bahnhof